

Pressemitteilung

Erlangen, 03.04.2025

BVÖGD lehnt Registrierung von Menschen mit psychischen Erkrankungen ab

Der Bundesverband der Ärztinnen und Ärzte des Öffentlichen Gesundheitsdienstes (BVÖGD) spricht sich entschieden gegen den Vorschlag aus, Menschen mit psychischen Erkrankungen in einem sogenannten Gefährderregister zu erfassen.

„Menschen mit psychischen Erkrankungen pauschal als gefährlich zu stigmatisieren, ist nicht nur fachlich falsch, sondern auch zutiefst diskriminierend“, erklärte Dr. Kristina Böhm, Vorsitzende des BVÖGD, auf dem 74. Wissenschaftlichen ÖGD-Kongress in Erlangen. „Wer solche Ideen verfolgt, riskiert, dass Betroffene sich keine Hilfe mehr suchen – aus Angst vor gesellschaftlicher Ächtung oder staatlicher Überwachung. Auf diese Weise steigern wir das Gefährdungspotential statt es zu senken. Statt Ausgrenzung brauchen wir frühzeitige Unterstützung und einen starken Sozialpsychiatrischen Dienst“, betonte sie.

Studien zeigen klar: Psychische Erkrankungen allein sind kein Risikofaktor für Gewalt. Vielmehr sind es soziale Faktoren wie Ausgrenzung, Diskriminierung und fehlende Versorgungsangebote, die problematische Entwicklungen begünstigen.

Deshalb fordert der BVÖGD: Anstatt neue Register zu schaffen, muss der Fokus auf einer flächendeckenden psychosozialen Versorgung liegen. Menschen mit hohem Unterstützungsbedarf benötigen nicht nur medizinisch-therapeutische Hilfe, sondern auch Zugang zu stabilem Wohnraum und sozialen Netzwerken. Nur so kann eine nachhaltige gesellschaftliche Teilhabe ermöglicht und Krisensituationen vorgebeugt werden. „Die Gesundheitsämter spielen dabei eine zentrale Rolle – insbesondere die durch den Pakt für den ÖGD gestärkten Sozialpsychiatrischen Dienste. Ihre langfristige Finanzierung und ihr Ausbau müssen politisch sichergestellt werden“, so Böhm.

Unter dem Motto „Netzwerke im ÖGD – Gesundheit kreativ, digital und lebensnah gestalten“ treffen sich vom 1. bis 4. April in der Universitätsstadt über 2.000 Fachkräfte aus Gesundheitsämtern, Wissenschaft, Verwaltung und Politik. Veranstaltet wird der Kongress gemeinsam vom BVÖGD, der Deutschen Gesellschaft für Öffentliches Gesundheitswesen, dem Bundesverband der Zahnärztinnen und Zahnärzte im ÖGD (BZÖG) und der Gesellschaft für Hygiene, Umweltmedizin und Präventivmedizin (GHUP) mit Unterstützung des Bundesministeriums für Gesundheit.

Der Kongress findet zusammen mit dem 11. Bayerischen Kongress für den Öffentlichen Gesundheitsdienst des Bayerischen Landesamtes für Gesundheit und Lebensmittelsicherheit statt.

Weitere Informationen zum Kongress-Programm und zu den Veranstaltern finden Sie unter:
<http://www.bvoegd-kongress.de>